

Die Situation in Wamena und Jayapura nach den Unruhen

Die Anti-Rassismus-Proteste in Wamena und Jayapura seit dem 17. August 2019 haben die höchste Zahl von Toten seit 1998 (Beginn der Reformära) zur Folge gehabt. Angaben über die Zahlen in Wamena variieren. Der Sprecher der örtlichen Polizei nannte die Zahl 29 getötete Zivilisten und 76 Verletzte. Außerdem wurden 80 Autos, 30 Motorräder, 150 Geschäfte, Häuser oder Kioske, ein Elektrizitätswerk und vier Gebäude der lokalen Regierung schwer zerstört oder in Brand gesetzt. Der Polizeipräsident der Zentralregierung, Tito Karnavian, nannte am folgenden Tag andere Zahlen: 26 Tote, davon 22 Nicht-Papua und 66 Verletzte.

Die Situation in Wamena ist noch sehr gespannt. 2.000 Einwohner haben auf in den Militär- und Polizeistationen, im Parlamentsgebäude und in den Kirchen Schutz gesucht. Viele sind mit Militärmaschinen ausgeflogen worden. Es ist keine Elektrizität vorhanden, mit negativen Folgen für die Gesundheitsversorgung im Krankenhaus und anderen Gesundheitszentren. Die Polizei verhaftete nach den Unruhen 17 Studenten, von denen fünf noch in Untersuchungshaft sitzen. Gegen drei soll schon Anklage erhoben worden sein.

In Jayapura hat die Polizei 733 Studenten auf dem Gelände der Mobilien Brigade der Polizei (Brimbo) Kotaraja festgehalten. Bis auf sechs wurden alle wieder freigelassen.

Der Leiter des Polizei-Krankenhauses in Jayapura sagte, dass fünf Leichen zum Krankenhaus gebracht wurden und 24 verletzte Studenten behandelt wurden, von denen drei sehr schwer verletzt worden seien und noch in Behandlung sind.

Die Situation in Papua bleibt gespannt. Seit dem Ausbruch der Unruhen Mitte August hat die indonesische Regierung viele Militäreinheiten nach Papua verlegt, allein nach Wamena 1.500 Mann. Doch zusätzliches Militär führt wahrscheinlich zu einer weiteren Eskalation, denn die Emotionen bei den Papua wegen der rassistischen Diskriminierung kochen immer noch. Viele Repräsentanten der Zivilgesellschaft haben Präsident Jokowi aufgefordert, die Sicherheitskräfte in Papua zu reduzieren und in einen politischen Dialog einzutreten. Die ULMWP hat an die Vereinten Nationen appelliert und gefordert, dass der Hochkommissar für Menschenrechte jetzt sofort Papua besuchen soll.

Wahrscheinlich werden die Forderungen der Zivilgesellschaft von der Regierung nicht beachtet werden. Ein geheimes Dokument der Polizei wurde bekannt, welches Richtlinien vorgibt, sollten sich ähnliche Proteste wie bisher wiederholen. Die Polizei wird angewiesen, solche Proteste rücksichtslos gewaltsam niederzuschlagen. Weiterhin soll das Netzwerk der Geheimdienste verstärkt und die Studenten strenger überwacht werden. Die indonesischen Migranten sollen angewiesen werden, sehr vorsichtig zu sein und sich an sicheren Orten aufzuhalten. An allen strategisch wichtigen Orten sollen ausreichend Waffen und Munition für die Sicherheitskräfte zur Verfügung stehen, damit diese schnell eingreifen können. (icp)